

POSTULAT von Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich), Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich) und Chantal Galladé (SP, Winterthur)

betreffend Städtebau und Denkmalschutz

Der Regierungsrat wird ersucht, einen umfassenden Bericht zur Urbanisierung, zur städtebaulichen Entwicklung vorzulegen. Daraus sollte im Lichte von § 203 lit. c PBG folgendes hervorgehen:

- Es ist eine kantonale Vorstellung davon zu formulieren, nach welchen Grundsätzen, die über die im Richtplan festgelegten hinausgehen, die Urbanisierung, die Weiterentwicklung der Städte vonstatten gehen soll.
- Es sind die aktuellen und in den nächsten 20 Jahren zu erwartenden Konflikte zwischen der urbanen Entwicklung, speziell dem Städtebau, und dem Denkmalschutz aufzulisten.
- Es sind Lösungswege aufzuzeichnen, wie diese Konflikte ausgeräumt werden können. Dabei soll insbesondere dargelegt werden, welche Objekte aus dem kantonalen Denkmalschutz entlassen werden können beziehungsweise müssen, um die urbane Weiterentwicklung unserer Städte zu fördern.
- Es sind Gedanken auszuarbeiten, welche Rolle der Denkmalschutz in der urbanen Entwicklung unserer Städte künftig einnehmen soll.

Hartmuth Attenhofer
Dr. Anna Maria Riedi
Chantal Galladé

Begründung:

Der Kanton Zürich hat mit dem Richtplan ein taugliches Instrument (Zentrumsgebiete, Verdichtung nach innen), um eine gute städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Denkmalschutz und Bauvorschriften geben aber immer wieder zu Diskussionen Anlass, weil diese zu Konflikten führen und städtebaulich befriedigende Lösungen erschweren oder gar verhindern. Manchmal können sich solche Unterschützstellungen als Hemmnisse für neue und bessere städtebauliche Lösungen auswirken. Als Beispiele mögen Landesmuseum, Kasernen und Kunsthaus in Zürich oder Krankenhaus Wülflingen dienen.

Die meisten strukturgebenden Grundlagen unserer Gesellschaft stammen aus dem 19. oder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vor allem bei jungen Menschen im Kanton Zürich macht sich aber mehr und mehr ein urbanes Lebensgefühl bemerkbar, das mit den baulichen, gesellschaftlichen oder weltanschaulichen Grundstrukturen unseres Kantons kaum mehr vereinbart werden kann. Auch Jugendliche, die ausserhalb der Städte wohnen, verbringen einen grossen Teil ihrer Zeit in den Städten: arbeiten, ausgehen, einkaufen, sich ausbilden.

Will der Wirtschaftsraum Zürich eine führende Rolle einnehmen, muss er sich der Urbanisierung stellen und sie in geordnete Bahnen lenken.